

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags viermal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung stehen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das Baltikum, Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 25 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin O. 2, Breite Straße 50.

Die achtspaltige Koppartheile ober dem Raum kostet 2.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Entwurf des neuen Reichsmietengesetzes

Von Dr. Kurt Boenheim

Die Regierung hat im Reichstag den in der „Freiheit“ bereits kurz skizzierten Entwurf zum Reichsmietengesetz eingebracht. Wird der Entwurf in der von der Regierung vorgeschlagenen Form, die die Billigung des Reichsrates bereits gefunden hat, Gesetz, so bedeutet dies eine ganz außergewöhnliche Belastung der Mieter. Eine Belastung, deren ziffernmäßige Höhe sich überhaupt noch gar nicht übersehen läßt, da im Entwurf nur die Art der einzelnen Zuschläge, nicht aber ihre Höhe bestimmt ist. Der Entwurf gibt nur an, welche Zuschläge die Mieter zu zahlen haben, überläßt die Bestimmung der Höhe der Zuschläge aber der obersten Landesbehörde. Die Folge ist, daß sich bei der Beratung des Gesetzes im Reichstag überhaupt noch gar nicht übersehen läßt, wie groß die wirtschaftliche Belastung für die Mieter durch das Reichsmietengesetz ist. Vom Reichstag wird aber verlangt, daß er zu einem Blanko-Gesetz Ja und Amen sagt. Die Feststellung der Höhe der Zuschläge spielt sich ohne Kontrolle des Reichstags ab.

Der Mieter hat nach dem Entwurf, wenn das Glück gut ist, eine Mieter in sechsfacher Form zu zahlen:

1. die Friedensmiete,
2. einen Zuschlag, der der Steigerung der Betriebskosten,
3. einen Zuschlag, der der Steigerung der laufenden Reparaturkosten Rechnung tragen soll.
4. einen weiteren Zuschlag für große Reparaturen.
5. in gewissen gewerblichen Betrieben einen weiteren Zuschlag. Dieser Zuschlag ist dann zu entrichten, wenn der Gewerbetrieb besonders hohe Betriebs- und Instandhaltungskosten mit sich bringt. Beispielsweise, wenn der Jahresumsatz durch den Betrieb besonders stark in Anspruch genommen ist oder die Räume besonders stark abgemittelt werden.
6. in Häusern mit Zentralheizung und Warmwassererwärmung die Heizungskosten.

Diese Art der Mietsberechnung tritt jedoch nicht automatisch ein, sondern nur, wenn Mieter oder Vermieter es verlangen. Praktisch wird die Folge die sein: Ist die von den Mietern gezahlte Miete geringer als die Miete nach dem Gesetz (Nr. 1—6), so wird der Vermieter stets die für ihn günstigeren Mietsfestsetzung nach dem Reichsmietengesetz verlangen. Ist sie höher, so wird der Mieter dagegen oft eine Herabsetzung nicht beanspruchen, weil er im Interesse seines Hausfriedens Zwistigkeiten mit dem Vermieter vermeiden will.

In einzelnen ist die Regelung folgende:

1. Die Friedensmiete: Dies ist die Miete, die für die betreffenden Räume am 1. Juli 1914 vereinbart war. In Häusern mit Zentralheizung oder Warmwassererwärmung wird für die Berechnung ein bestimmter, von der Landesbehörde festgesetzter Prozentsatz von der Friedensmiete abgezogen, weil in der Miete vom 1. Juli 1914 die Kosten für die Zentralheizung und Warmwassererwärmung mit enthalten waren. Wie hoch die Friedensmiete war, ist natürlich, wenigstens in der Theorie, unschwer festzustellen. Der Vermieter hat dem Mieter zum Zwecke der Feststellung Auskunft über die Höhe der Miete im Juli 1914 zu erteilen. Ein vorhandener Mietvertrag ist vorzulegen.

Den heute ungemein häufigen Einwand des Vermieters, die Miete vom 1. Juli 1914 sei gering, als die damals in derortsübliche Miete gewesen, will der Entwurf nur in beschränktem Maße zulassen. Der Vermieter darf künftig an Stelle der tatsächlich gezahlten Miete eine höhere ortsübliche Miete nur in zwei Fällen verlangen. Einmal, wenn die Friedensmiete wegen der Beschaffenheit der Räume niedriger als ortsüblich war, (Beispiel, der Mieter wohnte 1914 in einem trockenen Zimmer), zweitens, wenn sie wegen der damaligen Verhältnisse der Parteien geringer als ortsüblich festgesetzt wurde. (Beispiel: Die Wohnung war 1914 an Verwandte bewohnt. (Beispiel: Die Wohnung war 1914 an Verwandte bewohnt. (Beispiel: Die Wohnung war 1914 an Verwandte bewohnt.) Haben die Mietseignungsämter besonders billig vermietet. Haben die Mietseignungsämter besonders billig vermietet. Haben die Mietseignungsämter besonders billig vermietet.

So der Entwurf. Praktisch wird die Bestimmung jedoch oft auf dem Papier stehen bleiben. Es wird immer wieder die Mietseignungsämter geben, die den Begriff der Ortsüblichkeit zum Nachteil des Mieters verstehen. Und wenn ein Mietseignungsamt eine ortsübliche Miete nach anderen Gesichtspunkten festgesetzt hat — eine Verzung gegen den Spruch ist bekanntlich nicht zulässig! Wir sind den wiederholt Entscheidungen der Mietseignungsämter zu gewohnt, die Fälle betrafen, in welchen zweifellos die im Jahre 1914 gezahlte Miete auch ortsüblich war, und in denen doch Mietseignungsämter eine höhere Miete mit der Begründung, die ortsübliche Miete sei höher gewesen, festgesetzt haben. Sollen die Mieter gegen ungerechtfertigte Entscheidungen geschützt werden, so muß meines Erachtens stets die im Frieden tatsächlich gezahlte Miete die Grundlage für die Mietsberechnung bilden. Gewiß ist es denkbar, daß dadurch einmal einem Vermieter Unrecht geschieht. Auf der anderen Seite stehen aber die weit zahlreicheren Fälle, in denen die Mietseignungsämter ohne

Die bayrische Schmach

Ein Zwischenfall — Teilweise Aufhebung des Ausnahmezustandes

Im Reichstag begann gestern die Beratung über die Zustände in Bayern, die zu der Ermordung unseres Genossen Gareis geführt haben.

Genosse Unterleitner begründete die von unserer Fraktion eingebrachte Interpellation. In einer eindrucksvollen und beweiskräftigen Rede schilderte er die unerträglichen Zustände, die sich unter der Regierung Rahr in Bayern herausgebildet haben. Er wies nach, wie die ununterbrochene Mordhege und Gewaltpropaganda gegen die Arbeiterfraktion und gegen alle irgendwie freiheitlich gerichteten Bestrebungen begünstigt und beschützt wurden von dieser Regierung, die alle bürgerlichen Parteien unterstützte. Er geißelte das Verhalten des Poehner, der als Polizeipräsident in der provokierendsten Weise die Arbeiterfraktion schikaniert und verfolgt, während er die reaktionären Mordhorden nicht behelligt. Er zeigte, wie die militaristischen Kreise sich geradezu Mörderorganisationen angegliedert haben und wie die verschiedenen Attentate, die in der Ermordung von Gareis gipfelten, die notwendige Konsequenz darstellen. Nur die völlige Beseitigung dieses Systems, die Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Volksgerichte, werde Wandel schaffen.

Während der Rede Unterleitners kam es zu erregten Szenen. Unterleitner verlas als Probe für die verbrecherischen Absichten der bayrischen Reaktionen Äußerungen von Studenten, die erklärt hatten, daß alle Kommunisten an die Wand zu stellen seien. Da rief der Abgeordnete Mittelmann, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei in Stettin, ein bewährter Spezialist in ordinären und pronozierenden Zwischenrufen: Das ist ganz richtig! Der Zurschützer bei den sozialistischen Parteien außerordentliche Erregung hervor. Der Kommunist Kemmle stürzte auf den Abgeordneten Mittelmann, um den auch sofort seine Freunde und andere bürgerliche Abgeordnete sich sammelten. Auch andere sozialistische Abgeordnete eilten hinzu, und es kam beinahe zu Tätlichkeiten. Präsident Löbe unterbrach deshalb die Sitzung, die erst nach zweistündiger Pause wieder aufgenommen wurde.

Während dieser Pause hatte der Reichstagsrat den Sachverhalt auf Grund des amtlichen Stenogramms festgestellt. Danach wird das Stenogramm aus, und die Stenographen bestätigten völlig unabhängig voneinander die Richtigkeit ihrer Aufnahmen, daß der Zurschützer Mittelmann, das die Wand gestellt werden müßten, bezogen habe. Auch ein demokratischer Abgeordneter, der als ein sehr besonnener Mann gilt, bestätigte diesen Sachverhalt und fügte hinzu, daß er in dem Augenblick, als der Zwischenruf erfolgte, ebenfalls eine Ohrfeige für angebracht gehalten habe. Dieser Auspruch zeigt die Stimmung, die angesichts der von Unterleitner vorgetragenen, die Gefühle aller rechtlich denkenden Menschen tief aufwühlenden Mitteilungen ein so provokatorisches Bekenntnis zur trassen Gewalt auslösen mußte.

Es war deshalb nicht die Lust, Tumulte zu provozieren, sondern innere Empörung, die den Abg. Kemmle zu dem Versuch des tätlichen Angriffs auf den Abg. Mittelmann veranlaßte. Es liegt uns vollkommen fern, eine solche Art der Selbsthilfe für angebracht zu erklären. Wir be-

da ern vielmehr, daß sich derartige im Reichstage ereignen kann. Aber es kann doch kein Zweifel daran sein, wer die Schuld daran trägt. Wer angeht ein eben erfolgtes Mordes aus politischen Motiven seine Zustimmung zu weiteren derartigen Taten, wenn auch nur durch einen Zwischenruf, zu erkennen gibt, auf dem lastet die volle Verantwortung auch für die stürmischen Szenen, die sich im Anschluß daran zugetragen haben.

Mit der Bekanntgabe des nach dem Stenogramm festgestellten Sachverhalts und einer Mahnung nach beiden Seiten, eröffnete Präsident Löbe gegen 18 Uhr die unterbrochene Sitzung. Er gab gleichzeitig eine Erklärung des Abg. Mittelmann bekannt, der seine ganz zweifelsfrei feststehende frivole Äußerung abzuschwächen suchte. Die alte Erscheinung. Der Mut der Deutschen steht in umgekehrtem Verhältnis zu der frechen Herausforderung. Wozu wäre auch Herr Mittelmann Vorstandsmitglied der Deutschen Volkspartei, wenn er nicht wandelbar wäre wie ein Chamäleon?

Nach Unterleitner, der dann seine Rede zu Ende führte, beantwortete der Reichskanzler die Interpellation. In warmen Worten sprach er zunächst der Familie und den Freunden des Ermordeten seine Teilnahme aus. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Untat auch nach seiner Auffassung eine Folge der maßlosen Hege sei, die die ganze politische Atmosphäre vergiftet habe, und fand dabei äußerst scharfe Worte gegen die Deutschen, die vor Blut schäumten. Würde es so weitergehen, so wäre die Einheit des Reiches in Gefahr. Sein Ziel sei eine positive demokratische Politik. Deshalb müßten die Reste des Ausnahmezustandes überall beseitigt werden. Er habe sich bereits mit den Landesregierungen in Verbindung gesetzt und in kürzester Zeit werde der Ausnahmezustand im größten Teil der Provinz Sachsen, ebenso in Ostpreußen, aufgehoben werden. In Bayern schreite die Entwarnung günstig fort. Ebenso werden in Erfüllung des Ultimatus die Einwohnerwehren rechtzeitig aufgelöst werden. Dann werde man auch zur Beseitigung des Ausnahmezustandes kommen können.

Der Kanzler betonte wiederholt, daß er vorsichtig sprechen müsse, um in Bayern nicht die entgegengesetzte Wirkung hervorzurufen, wie er beabsichtige. In diesen Worten kommt die Schwäche der Reichsregierung deutlich zum Ausdruck. Die Regierung Birtel hat ja eine Erbchaft angetreten, für die die früheren Regierungen schwere Verantwortung trifft. Es wäre nicht so weit gekommen, wenn namentlich die Regierung Fehrenbach sich nicht den Forderungen der bayrischen Organe in ihrer inneren und auswärtigen Politik immer wieder untergeordnet hätte.

Aber wenn auch die Aufgabe schwer ist, so müssen wir doch von der Regierung verlangen, daß sie alle Energie an ihre Lösung setzt. Die verbrecherischen Provokationen des Poehner während des Proteststreiks haben deutlich gezeigt, daß die Herren da unten sich noch recht sicher fühlen. Deshalb muß ihnen die Möglichkeit zu schaden, genommen werden. Der Ausnahmezustand muß auch in Bayern fallen. Der Reichskanzler hat in seiner Rede keinen Zweifel daran gelassen, daß auch er diese Maßnahme für die allein richtige und gebene hält. Es ist aber auch notwendig, daß danach gehandelt wird.

Grund die 1914 gezahlte Miete als ortsunüblich und daher zu niedrig angesehen haben.

2. Der Zuschlag wegen der gesteigerten Betriebskosten: er soll den Vermieter dafür entschädigen, daß die Kosten für Gas, Wasser, Kanalisation, elektrisches Licht, Müllabfuhr, öffentliche Steuern und Abgaben und ähnliche Unkosten gestiegen sind.

3. Der Zuschlag für die laufenden Reparaturen: Mit Rücksicht darauf, daß sich die Kosten für die laufenden Reparaturen erhöht haben, erhält der Vermieter nach dem Reichsmietengesetz für Reparaturen einen besonderen Zuschlag. Der Zuschlag wird ebenso wie die anderen Zuschläge an den Vermieter selbst gezahlt. Trotzdem der Zuschlag für die Bornehme von Reparaturen bestimmt ist, braucht der Vermieter dem Mieter keine Rechnung zu legen. Er ist nicht zum Nachweis verpflichtet, daß er den Reparaturzuschlag tatsächlich zur Bornehme von Reparaturen verwendet hat. Ja, er erhält den Zuschlag selbst, wenn feststeht, daß überhaupt keine Reparaturen vorzunehmen sind.

Wenn der Vermieter den Zuschlag für seine privaten Zwecke verwendet, und die erforderlichen Reparaturen nicht vornimmt, so beginnt für den Mieter ein bürokratischer Leidensweg. Der Mieter muß sich wegen der Reparatur an eine von der obersten Landesbehörde zu bestimmende Stelle wenden. Diese prüft und entscheidet, ob die Reparatur notwendig ist. Nimmt der Vermieter notwendige Reparaturen nicht vor, so kann die „Stelle“ die-

jenigen Anordnungen treffen, die erforderlich sind, um die Reparaturen sicherzustellen. Sie kann insbesondere auch anordnen, daß der Reparaturzuschlag zugleich eines gewissen Betrages der Friedensmiete nicht mehr an den Vermieter, sondern an eine andere Stelle zu zahlen ist.

Wie wird sich nun aber praktisch die Sache gestalten? Wird ein Mieter, der eine neue Wasserschleibe oder eine sonstige Reparatur benötigt, sich jedesmal stundenlang auf dem Amt herumdrücken, bis seine Sache aufgerufen und entschieden ist? Werden zahlreiche Mieter nicht den Zuschlag an den Vermieter zahlen und sich trotzdem, anstatt ihre Zeit auf dem Amt zu vertrödeln, die Reparatur auf eigene Kosten ausführen lassen? Und wenn der Mieter sich an das Amt wegen der Reparatur wendet: Bei der Fülle der Anträge kann es Monate dauern, bis über jeden Antrag entschieden ist.

Nein, es gibt nur einen Weg: Selbstverwaltung der Mieter. Die Zuschläge, die, zum Teil wenigstens, von dem Vermieter getragen werden müßten, müssen von den Mietern an die in jedem Hause eingesetzten Mieterausschüsse entrichtet werden. Die Mieter, repräsentiert durch den Mieterausschuß, müssen darüber entscheiden, ob eine Reparatur erforderlich ist oder nicht, und für Bornehme der Reparatur Sorge tragen.

5. Der Vermieter ist auf Grund der Zahlung des obenerwähnten laufenden Reparaturzuschlages nur zur Bornehme der gewöhnlichen laufenden Reparaturen verpflichtet.

Und größere Reparaturen auszuführen oder vom Vermieter während des letzten Jahres ausgeführt worden, so kann der Vermieter einen besonderen Reparaturzuschlag beim Mietseinschlagsamt beantragen. Große Reparaturen sind beispielsweise: Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, Umdecken des Daches, Anstrich des Hauses, Erneuerung der Heizanlage. Die Kosten für alle diese Reparaturen sind von den Mietern aufzubringen. Der Vermieter hat, trotzdem sein Haus durch die Instandsetzung erheblich an Wert gewinnt, auch nicht einen Pfennig dazu beizutragen.

Die Beträge, die für die großen Reparaturen erforderlich sind, sind natürlich enorm. Der Zuschlag, den die Mieter für jede einzelne erforderliche große Reparatur zu zahlen haben, ist von dem Mietseinschlagsamt so hoch festzusetzen, daß die Kosten bis zu dem Zeitpunkt, in welchem die Reparatur voraussichtlich wieder vorzunehmen ist, getilgt sind. Muß beispielsweise ein Haus neu gestrichen werden, kostet der Anstrich 18 000 M. und ist der Zuschlag voraussichtlich in 15 Jahren wieder vorzunehmen, so beträgt der Zuschlag pro Jahr 1200 M. Dieser Betrag wird auf die einzelnen Mieter nach dem Verhältnis ihrer Mietmiete verteilt. Ist noch eine andere große Reparatur vorzunehmen, so kann der Vermieter auch für diese Reparatur beim Mietseinschlagsamt einen erneuten Zuschlag beantragen. Und so immer weiter. Es hängt allein von der Vernunft des Mietseinschlagsamtes ab, ob es wirtschaftlich unmöglichen Wünschen eines Vermieters einen Riegel vorschiebt.

Diese Regelung ist vom Standpunkt der Mieter natürlich völlig unmöglich. Die Belastung, die ihnen in Form der verschiedenen Zuschläge erwächst, wird derartig hoch sein, daß die Mieter überhaupt nicht mehr in der Lage sind, ihre Miete zu zahlen. Auf der anderen Seite: Der Vermieter hat, da ihm selbst eine große Reparatur nichts kostet, das dringendste Interesse, in seinem Hause möglichst umfangreiche Instandsetzungsarbeiten vorzunehmen — gewinnt sein Haus dadurch doch nur auf Kosten der Mieter an Wert.

Wie absolut unmöglich der Entwurf für die Mieter ist, dafür noch ein charakteristisches Beispiel: Wir haben bereits, daß die Mietseinschlagsämter anordnen können, daß der Zuschlag für die laufenden Reparaturen nicht an den Vermieter, sondern an eine andere Stelle zu zahlen ist. Die behördliche Stelle hat dann die Reparaturen ausführen zu lassen. Hierbei kann es vorkommen, daß die von den Mietern aufgewandten Beträge nicht ganz verbraucht werden, so daß Gelder zurückgezahlt werden. Da die Gelder von den Mietern eingezogen sind, müssen die nichtverbrauchten Beträge selbstverständlich auch an die Mieter zurückgezahlt werden. Statt dessen bestimmt aber der Entwurf: Nichtverwendete Beträge sind dem Vermieter herauszugeben. Dem Vermieter, der zu den Reparaturen überhaupt nichts beigetragen hat!

Die Kritik ließe sich noch auf verschiedene andere Punkte des Entwurfs erstrecken. Aber die bisherigen Ausführungen genügen meines Erachtens schon. Sie zeigen, daß der Entwurf, wenn er auch in manchen Punkten einen Fortschritt bedeutet, in seinen hauptsächlichsten Gedankenängängen überhaupt nicht annehmbar ist.

Die Begannung des russischen Proletariats

Anfang Juni erhielt die Zentrale der R. F. D. aus Moskau folgendes Telegramm:

„Es muß mit allen Mitteln Abreise von Frau und Anna Geyer aus parteitaktischen Gründen verhindert werden. Es muß der Eindruck vermieden werden, als ob Macht hinter ihnen stände. August.“ (Thälheimer.)

Um diesem Wink zu entsprechen und Anna Geyers Reise zu verhindern, hat die Zentrale ihren Paß beizugelnahmt. Die Zentrale ließ sich Anna Geyers Paß von der russischen Mission aushändigen und verweigert jetzt die Rückgabe des Passes an seine rechtmäßige Besitzerin.

Dieser Vorgang zeigt von neuem, wie die Schieber in den Instanzen der kommunistischen Seite, Sinowjew vor allem und mit ihm — wahrscheinlich auf seinen Befehl — Thälheimer sowie alle die anderen Bedientenseelen, die Dossentlichkeit fortgesetzt belügen und die Arbeiterklasse täuschen. Es soll auf alle Fälle vermieden werden, daß bekannt wird, wie es um die kommunistische Partei in Deutschland steht. Würde den russischen Arbeitern die Wahrheit gesagt werden, so würden sie erfahren, daß deutsche Arbeiter eben erst durch die Sendboten aus Moskau und durch die getreuen Eunuchen in Deutschland in eine blutige Niederlage geführt worden sind. Dann würde August Thälheimer von der russischen Arbeiterschaft als Verräter erkannt und zum Teufel gejagt werden, weil er eben erst am Tage der Eröffnung des Internationalen kommunistischen Kongresses in einer Ansprache wider besseres Wissen erklärt hat, daß die kommunistische Partei nach dem Märzaufruf stärker sei als zuvor und daß die Partei sich zum entscheidenden Kampf für die Eroberung der politischen Macht vorbereite.

Für uns in Deutschland wirken diese Schiebertricks zwar nur noch lächerlich. Uns können sie nur noch dazu dienen, immer weiteren Kreisen der Arbeiterschaft die Augen über die Gaunertaktik der Kommunisten zu öffnen. Aber wir beklagen tief das arme russische Proletariat, das auf solche Art in der widerlichsten Weise irreführt und begannert wird. Daß auch in Rußland die Arbeiterschaft nur noch mit Hilfe von „Verschweigen der Wahrheit“ bei der Stange der Kommunisten gehalten wird, zeigt auch die folgende Darstellung:

Deutsche Propheten in Moskau

Am Tage der Eröffnung des III. Weltkongresses der kommunistischen Internationale veröffentlichte die Moskauer „Prawda“ dem „Ost-Expreß“ zufolge, einen Artikel über die Stellung der jüdischen Staaten zur kommunistischen Bewegung in Deutschland. Der Verfasser des Artikels, Frey Rüd, spricht die Erwartung aus, daß die Steuergesetzgebung des Bauerntum in eine Stellung drängen werde, die als oppositionell gegenüber dem bürgerlichen Staate und zum mindesten als neutral in bezug auf die revolutionäre Arbeiterbewegung bezeichnet werden könnte. Dann werde die „jüdischen Parteien“ dem Ansturm der deutschen Revolution nicht lange Standhalten können.

Nach Thälheimer, der in Moskau den endgültigen Ansturm der deutschen Kommunisten zur Eroberung der Staatsgewalt für die nächste Zeit ankündigte, tritt nun Frey Rüd auf, um den russischen Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Für jeden klarschauenden Politiker ist es selbstverständlich, daß eine energische Steuerpolitik das Bauerntum höchstens noch weiter nach rechts treiben kann, als das bis jetzt schon der Fall ist. Für das reaktionäre Bauerntum gilt die Koalitionsregierung Wirth schlechtmehr als sozialistische Regierung, und jede energische Steuerpolitik

gilt den Bauern als Resultat der „sozialdemokratischen Mißwirtschaft“. Die Welt und besonders die russische Arbeiterklasse glauben zu machen, daß die süddeutschen Bauern durch eine durchgreifende Steuerpolitik der revolutionären Arbeiterbewegung genädert werden könnten und damit die Ausflüchte für die deutsche Revolution günstiger würden, bedeutet eine gewissenlose Täuschung über die wirklichen Verhältnisse. Freilich können die russischen Arbeiter die Wahrheit nicht nachprüfen. Aber diese Tatsache erhöht nur den Grad der Gewissenlosigkeit der Kommunisten vom Schlage Rüd und Thälheimer.

Wie Kommunisten Arbeiterinteressen vertreten

Die Haltung der Kommunisten zu dem Ansturm der Agrarier auf Sicherung neuer Kiefernprostitute ist außerordentlich bezeichnend für ihre Teilnahmslosigkeit an den wichtigsten, die Arbeiterklasse allgemein tief berührenden Fragen. Ueber die Verhandlungen des Reichstages am Donnerstag, die die Entscheidung über die künftige Brotbewirtschaftung brachten, bringt die „rote Fahne“ nur einen kurzen Bericht. Anscheinend ist sie der Meinung, daß solche Fragen für ihre Leser nur geringes Interesse haben.

Und anstatt aus dem geschlossenen Kampf der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse die Folgerungen zu ziehen, daß die Arbeiterklasse gegen das Bürgertum sich wehren müsse, beschimpft sie die Unabhängige Fraktion und unterschlägt die Bemerkung ihres Redners in seiner Erklärung bei der Schlußabstimmung, daß er sich vollinhaltlich der Erklärung der Unabhängigen Fraktion anschließe. Aber es ist nun einmal die Aufgabe der Kommunisten, aus jeder Blüte Honig gegen die Unabhängigen zu saugen, und so muß denn diesmal zur Abwechslung die Tatsache, daß die Unabhängigen mit aller Energie dem Vorstoß der Agrarier Widerstand geleistet haben, kritisiert werden, obwohl die Kommunisten doch bisher behaupteten, daß die Unabhängigen nur die Schleppträger des Kabinetts Wirth seien. Paßt eben die eine Methode der Verleumdung nicht, so wird flugs eine zweite ebenso sinnlos ausgedacht.

Um die ganze Grundlosigkeit der Angriffe der Kommunisten darzustellen, braucht man nur die weitere Tatsache zu erwähnen, daß weder im Ausschuß noch im Plenum die Kommunisten einen einzigen Antrag eingebracht haben, daß sie dagegen für alle Anträge der Unabhängigen stimmten. Sie wollten zwar einen Antrag einbringen, aber dieser Antrag sollte nicht zum Inhalt haben den Schutz der Lohn-, Gehalts- und Renteneinkünfte, sondern er sollte in seiner Formulierung Rücksicht nehmen auf die Klein- und Mittelbauern, die man gewinnen müsse.

Man sieht, wie groß die Kehnlichkeit zwischen der kommunistischen Politik und der der bürgerlichen Parteien ist. Beide gehen auf den Gimpelgang aus. Die Kommunisten allerdings vergeblich.

Demokraten gegen die Selbstverwaltung

Mit welcher Sehnsucht die bürgerlichen Parteien und auch die Demokraten einen Spruch des Oberverwaltungsgerichts erwarten, der die Ungültigkeitserklärung der Berliner Stadtverordnetenwahlen enthält, zeigt ein Artikel des „demokratischen“ Stadtverordneten Dr. Michaelis im „Berliner Tageblatt“. Er läßt ganz deutlich die Absicht erkennen, das Gericht, das die Urteilsverfäumdung den Parteien schriftlich zugehen lassen will, inzwischen im Sinne der Antragsteller, das heißt für die Ungültigkeitserklärung, zu beeinflussen. Zu diesem Zweck lautet der Vorschlag selbst vor einer Entscheidung des Sachverhalts nicht zurück, indem er die Sinauschiebung des Urteils so deutet, als ob das Oberverwaltungsgericht sich damit bereits den materiellen Ausführungen des Klägers angeschlossen habe. Davon kann aber natürlich, wie die Begründung des Vorstehenden des Gerichts gezeigt hat, gar keine Rede sein. Und da das auch aus den veröffentlichten Berichten hervorgeht, können diese Bemerkungen nur den Eindruck erwecken, als ob ihnen die oben dargelegte Absicht zugrunde liegt.

Ueberaus bemerkenswert ist auch die Begeisterung, die dieser demokratische Herr für eine kommissarische Verwaltung der Gemeinde, also die Ausschaltung der selbstgewählten Organe, hat. Es gab allerdings eine Zeit, in der die Demokraten für die Selbstverwaltung in den Gemeinden eingetreten sind. Aber die liegt lange zurück. Das war in jener Zeit, als der sogenannte Kommunalstreik die Gemeinden beherrschte, und als sich eine kommissarische Verwaltung gegen das Bürgertum gerichtet hatte. Jetzt, wo es gilt, einem verhassten und unbequemen Gegner eins auszuwichen, da geben die Demokraten den Grundsatz der Selbstverwaltung vollkommen preis.

Wenn sich Herr Michaelis zum Beweis für die Notwendigkeit einer Aenderung der Mehrheitsverhältnisse in der Berliner Stadtverordnetenversammlung auf den kommunistischen Lärm in der letzten Sitzung beruft, so gebietet doch die Gerechtigkeit, die Feststellung, daß viel öfter die Deutschenationalen die Urheber solcher unangenehmer Szenen gewesen sind. Denen aber leistet er durch seine Herbeisehung der Ungültigkeitserklärung Helferdienste.

Katholische Arbeiter für Erzberger

Angeichts des Angriffes des Zentrumsblattes, der „Essener Volkszeitung“ auf den früheren Reichsfinanzminister Erzberger, hat sich, wie die „Dona“ aus Essen meldet, eine große Zahl von Zentrumsmännern zusammengesunden, um in einer Adresse an Erzberger das Vorgehen des hiesigen Zentrumsblattes auf das allerhöchste zu verurteilen. In dieser Adresse, die ungemein viele Unterschriften trägt, heißt es, daß die Schreibweise des dortigen Zentrumsblattes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werde. Erzberger wird versichert, „daß mit uns 100 000 Zentrumswähler gleichen Gedankens und tief empört über die Angriffe“ gegen Erzberger sind, und daß besonders die Arbeiter unter den Unterzeichnern fest und treu zu Erzberger stehen.

Unberechtigtes Jammern

Die bürgerlichen Parteien haben am Donnerstag sowohl den Antrag der Unabhängigen auf Festsetzung der Getreidepreise durch das Plenum des Reichstages abgelehnt, als auch die Entschärfung, die für den angeklagten hohen Brotpreis Mehreinnahmen durch Steigerung des Lohnes sichern wollte. Anscheinend taten sie das in der Annahme, daß sich unter ihren eigenen Anhängern nur Freunde eines möglichst hohen Brotpreises finden würden. Sie scheinen sich aber doch etwas getäuscht zu haben. Denn selbst ein Blatt wie der „Lokal-anzeiger“ sieht sich gezwungen, die Erklärung des Ernährungsministers, daß das Brot um 50 Prozent erhöht werden soll, mit folgenden Worten zu begleiten:

Es ist überaus lässlich, daß ein Brot von 1900 Gramm höchstens „nur“ 7,50 M. kosten soll. Wie aber der auf jetzt

Bezüge angewiesene Familienvater dann sein und seiner Familie Leben fristen soll, das weiß kein Mensch. Lohn- und Gehaltserhöhungen und die Kämpfe darum, vermehrte Papiergelddruckerei werden die Folge sein.

Der „Lokalanzeiger“ wird gut tun, seine Leser recht bald darüber zu unterrichten, daß die von ihm unterstützten Deutschenationalen die Liebeshörigkeit gehabt haben, der süddeutschen Bevölkerung die Last aufzuerlegen, über die er jetzt so beweglich jammert.

Frankreich und die neue deutsche Oberschlesien-Note

Ge. Paris, 17. Juni.

Der deutsche Botschafter Dr. Mager überreichte gestern im französischen Ministerium des Auswärtigen die deutsche Note über Oberschlesien. Nach dem „Temps“ wird die französische Regierung diese Note unbeantwortet lassen. Die Alliierten werden einfach auf der Durchführung des Friedensvertrages in Oberschlesien bestehen. Sie werden auf ihre Politik in dieser Beziehung, die eine interalliierte Politik ist, nicht verzichten. Weiter erklärt das Blatt, es werde sich für die Deutschen nicht allein darum handeln, den General Höfer und den 12gliedrigen Ausschuss, wie man in Berlin anzunehmen scheint, zur Auflösung anzuhalt, sondern den Selbstschutz zum völligen Gehorsam zu bringen. Dieser habe sich den Anordnungen der interalliierten Kommission zu unterwerfen. Der Friede könne im Abstimmungsgebiet nicht hergestellt werden, wenn eine der streitenden Parteien den Gehorsam verweigere. Die deutsche Regierung solle deshalb auch den Eindruck vermeiden, daß sie ihre Vertretenen auf Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten Regierungen sehe. Weilmehr sollte sie ihren ganzen Einfluß, der von entscheidender Wirkung sein könnte, anbieten, damit die deutschen Organisationen in Oberschlesien das tun, was die Interalliierte Kommission von ihnen verlangt.

Ein deutscher Protest

Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens haben an die Ministerpräsidenten Lloyd George in London, Briand in Paris und Giolitti in Rom ein Telegramm gerichtet, in dem sie nochmals die ganze Entstehung und den Verlauf des Aufstandes darstellten. In dem Telegramm wird besonders auf die schweren Schäden hingewiesen, die das Wirtschaftslieben Oberschlesiens, die Industrie so wohl als auch die Landwirtschaft, durch den Aufstand fortgesetzt erleidet. Der Interalliierten Kommission wird der Vorwurf gemacht, daß sie die Sorge für den Unterhalt, die Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge ausschließlich der deutschen Bevölkerung überlassen und sich nicht im geringsten um die Not dieser Unglücklichen gekümmert habe. Tausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten seien von ihren Arbeitstätten ausgesperrt und erwerbslos, in wirtschaftlicher Not. Die Interalliierte Kommission habe sich ihrer noch in keiner Weise angenommen. Zur Sähe der Verbrechen, zur Hilfeleistung für die Gefangenen, zum Schutze der hunderttausenden von bedrohten friedlichen Oberschleslern sei noch kein wirksames Mittel angewendet worden. Die leitenden Staatsmänner sollten endlich die Interalliierte Kommission anweisen, in Oberschlesien Recht und Gesetz wiederherzustellen.

Deutsch-polnischer Gefangenen-austausch

Oppeln, 17. Juni.

Durch Vermittlung des Genfer Roten Kreuzes ist im Westrandgebiet ein Austausch deutscher und polnischer Gefangener vorgenommen worden. In Rosenberg sind gestern 113 Deutsche eingetroffen, die in Internierungslagern von Neu-Berun und Lublin gefangen gehalten worden sind. Die Ausgetauschten sind zum allergrößten Teil körperlich und seelisch in traurigster Verfassung. Im Kreise Rosenberg ist die Stimmung der deutschen Bevölkerung auch nach der Belegung einzelner Orte durch die Truppen der Alliierten sehr erregt. Da sich erneut polnischer Terror sehr stark bemerkbar macht, verlatzen zahlreiche deutschgesinnte Oberschlesler unter Mitnahme ihres notwendigsten Hausrates das Gebiet und fliehen westwärts.

Waffenverbot in Beuthen

Beuthen, 17. Juni.

Garnisonkommandant General Le Comte Denis hat an den ersten Bürgermeister von Beuthen ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Eine heftige Schiebererei trug sich in letzter Nacht zwischen deutschen Soldatruppen und polnischen Insurgenten, namentlich in den der Friedrichstraße und Redensstraße und dem Wilhelmplatz benachbarten Stadtteilen zu. Jeder Mensch, ob Pole oder Deutscher, der mit einem Gewehr auf den Straßen von Beuthen angetroffen wird, wird ohne Mitleid von den Garnisonstruppen niedergeschlagen werden. Die polnische Partei ist ebenfalls benachrichtigt, daß jeder Insurgent, der bewaffnet in der Stadt Beuthen angetroffen wird, Erschießung zu gewärtigen hat.

Die Leipziger Justizparodie Belgischer Protest

Brüssel, 17. Juni. (Agence belge.)

In der Kammer teilte der Justizminister den Bericht mit, den die zum Reichsgericht in Leipzig in dem Verfahren wegen der Grausamkeiten von Grammont entlandten Belgier erstattet haben. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß das Urteil des Reichsgerichts als eine wahre Rechtsverwilderung erscheine. Der Minister erklärte, daß der Minister des Auswärtigen den belgischen Belandten in Berlin telegraphisch angewiesen habe, unverzüglich gegen den Freispruch zu protestieren, der im Lande allgemeine Empörung hervorrief, und darauf hinzuwirken, daß die belgische Regierung beabsichtige, die ihr aus den Artikeln 228 ff. des Vertrages von Versailles zustehenden Rechte in vollem Umfange ausrechtzuerhalten. Die Regierung wird sich mit den alliierten Regierungen ins Einvernehmen setzen, um diesen Rechten nachdrückliche Wahrung (sanction) zu sichern. Der Minister erklärte indessen, er habe die Gewißheit, dem Gefühle des belgischen Volkes zu entsprechen, wenn er bereits jetzt gegen das Urteil des Reichsgerichts Schritte in Protest erhebe. Der Präsident der Kammer erklärte darauf, die Kammer sei einmütig in der Beilegung der Leipziger Justizparodie. (Allseitiger Beifall.)

Der neue Presschef der Reichsregierung, Wie amtsch bekanntgegeben wird, ist der Presschef der Reichsregierung Herr Oskar Müller ernannt worden. — Müller war vor dem Uebergang des Blattes an Stinnes Schriftsteller der „Deutschen Arbeiterbewegung“.

Berichtigung. In unserer Nr. 273 vom 15. Juni wurde in einer Drahtmeldung aus Frankfurt a. M. behauptet, die rechtssozialistische Frankfurter „Volksstimme“ habe in Freiburg vor der Beteiligung an der Demonstration für den ermordeten Genossen Garet gewarnt. Dies trifft nicht zu. Die „Volksstimme“ hat lediglich festgesetzt, daß ihre Partei zur Demonstration keine Einladung erhalten und deshalb auch keine Veranlassung habe, zur Beteiligung an der Kundgebung der U.S.P. aufzufordern.

Saison-Ausverkauf

Große Preisherabsetzung

Beginn am Montag, den 20. Juni

Damen-Konfektion

Blusen aus gemusterten Waschstoffen	9.75
Blusen aus farbigen Waschstoffen	14.75
Blusen aus Voile-imit.	19.75
Blusen aus weißen Stoffen, bunt bestickt	34.50
Blusen aus Voile, m. eleganten Fichu-Garnituren	49.75
Blusen aus weißem Voile, mit Jabots und imit. Filzmotiven	79.50
Kleider aus farbigem Batist	29.50
Kleider aus weißem Voile u. Mullstoffen	39.50
Kleider aus weißem Voile	69.50
Kleider aus gemusterten Waschstoffen	72.50
Kleider aus hell- u. dunkelfarbigem Waschstoffen „sehr elegant“	98.50
Kleider aus gebülmtem Vollestoffen, entzückende Macharten	135.00

Kleiderstoffe

Musselin hübsche, helle Muster	Meter	9.50
Musselin lebhaft. Dirndl-Muster	Meter	12.50
Zephir u. Leinen für Sportblusen und Hauskleider	Meter	12.75
Schleierstoffe ca. 115 cm breit, helle und dunkle Muster	Meter	24.50
Voll-Voile weiß, ca. 110 cm breit	Meter	23.50
Ein Posten Stoffe gestreift, für Blusen und Kleider	Meter	18.50
Ein Posten Rockstoffe ca. 100 cm breit	Meter	15.75
Ein Posten Kostümstoffe ca. 130 cm breit mit Stoffe, Mtr.	Meter	24.75

Seidenstoffe

Pallette schwarz, weiche glänzend. Kleiderseide, 85 cm breit	Meter	48.00
Cristalline elegantes halbedig. Gewebe, für Kleider, 95 cm breit	Meter	34.50
Kleiderseide schwere Qual., in großen Farbensortiment., 90 cm breit	Meter	58.50
Foulardseide in hübschen, hellen Mustern, 90 cm breit	Meter	39.50

Herren-, Knaben-Konfektion

Herren-Anzüge in versch. Farben	485.00	350.00	187.00
Herren-Stoffhosen gute Stoffe	125.00	85.00	43.50
Knaben-Stoff-Anzüge	125.00	85.00	45.00
Knaben-Wasch-Anzüge	60.00	50.00	45.00

Schuhwaren

Damen-Schnür- u. Spangenschuhe weiß Leinen, eleg. Form, kräftiger Lederboden	38.50
Damen-Leder-Halbschuhe schwarz m. Lackkapp., kurze, eleg. Form, Lederboden	79.50
Damen-Wildleder-Hochschäftsstiefel hohelegante Ausführung	195.00
Good. Welt. braun	28.50
Kinder-Lederstiefel schwarz, mit Stoffeinsatz, Größe 21/0	28.50
Herren-Boxkalf-Schnürstiefel eleg. Form, Good. Welt, schwarz	168.50
Herren-R.-Box-Schnürstiefel braun, eleg. Form, in Lederverarbeitung	235.00
Herren-R.-Box-Schnürstiefel beste Verarbeitung, kurze Form, schwarz	128.50

Strumpfwaren

Damen-Strümpfe extra lang, Fuß ohne Naht	5.75
Frauen-Strümpfe deutsche Länge, Fuß ohne Naht	6.50
Damen-Strümpfe extra lang, feinfädig	8.30
Damen-Strümpfe Seidentlior-imitation	13.50
Herren-Socken feine Farben, ohne Naht	5.75
Herren-Socken feinfädig, schwarz, ohne Naht	5.75
Herren-Socken geringelt, gute Qualität	6.75
Kinder-Strümpfe schwarz, Fuß ohne Naht, vorzügliche Qualität	9.75
Größe 3-6	7.75
Größe 7-10	9.75

Schürzen

Wiener Form aus marine-weiß, gepunktetem Kretton	22.50	18.50
Wiener Form aus gebülm. Kretton	29.50	22.50
Wiener Form gestreift	24.75	28.50
Weißer Tee-Schürze mit Stickerl-Ein- und -Ansatz	11.75	
Weißer Wirtschaft-Schürze prima Daunas, mit Stickerei-Trägern	23.75	
Blusen-Schürze aus marine-weiß gepunktetem Kretton	24.50	

* HERREN-ARTIKEL *

Farbige Oberhemden m. Faltenbrust	68.00	Weißer Oberhemden guter Rumpfstoff m. Pikee-Einsatz	87.00	Strickbinder gute Qualität, in vielen Farben-stellungen	9.75
Farbige Oberhemden m. Kragen	87.00	Weiche Kragen in Pikee, Ripps und glatten Stoffen	5.00	Schleifen ganz moderne Farben und Formen	4.50
Farbige Oberhemden m. Faltenbrust und Kragen	95.00	Stehkragen m. umgelegten Ecken, 4fach	6.75	Hosenträger Gummi und Band mit auswechselbaren Gummiteilen	9.50

Des beschränkten Raumes wegen sind wir nur in der Lage, einen kleinen Teil unserer preiswerten Angebote bekanntzugeben

H. Joseph & Co., Neukölln, Berliner Str. 51/55

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Die lange Jule
Neues Volksbühnen
Scheiders Str. 68
7 Uhr: Die Localbahn
Städtetheater.
Currendams
4 Uhr: Freischütz
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Räuber
Direktion: Max Fleischer

Lesing-Theater
Dirckt: Victor Beranowsky
Waldenbüch 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Koufman, 059)

Deutsches Künstler-Theater
7 1/2 Uhr: Gefändnis
(Walsh, Korff, Otto)

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Oper

Alt-Heidelberg
Theater
am Rollendorfsplatz

2 1/2 Uhr: Der Strom
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Wo die Schwalben nisten

7 1/2 Apollotheater
Friedrichstraße 218
Tägliche
Tip-Tip Murre!

Berliner Brater
Kapanien-Allee 7-9
Tägliche 4 1/2 Uhr:
„Varieté“
Wenn Engel strelken!

Wendenz-Theater
7 1/2 Uhr: Wenn das Spiel gemacht ist
ab 11 Uhr

Trianon-Theater
Tägliche
Rosen

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Oiga Wimbung in Nur ein Traum

Walhall-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsstelle

11. Soltes Caprice
11. Schlössermergenheim
Liebe zu groß
mit Ferd. Franchet

Soeben erschienen!

PROLETARISCHE JUGEND
SAMMLUNG
SOZIALISTISCHER
JUGENDSCHRIFTEN

Heft 4
Jung und Alt
in der proletarischen
Jugendbewegung
Von Engelbert Graf
Preis 2.50 Mark!

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2, Breite Straße 5-9
Auch in den
Filialen der „Freiheit“ erhältlich

Wanzen weg, wie Brut
verdrückt restlos nur Kommerzienberg's Alkool!
Erfolg verbürgt. Stadel, ansgem. Verpackung 3. abwärts.
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erdhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei sämtlichen Wäschhändlern H. Wertheim, sonst postfrei von
Hermann H. Groefel, Berlin, Königgräber Str. 43

Großer Preis-Nachlaß! Damenbinden, waschbare Std. 50 St., Gürtel bzw. 2. 1 St., Verbandswatte, 100 g 2 St., Hautcreme Tube 50 St., 1.50, Spangelpfand Tube 1 St., Riechthermometer 4, 5, 6 St., Pantolin 20, 30 St., wasserdichte Unterlagen 1 St., Kinder 3 St., für Große 12 St., Dattencrotopapier 100 St., 2.50 St., Klebstoffpapier Rolle 1.50, Strepp 2.50, alle hygienischen Artikel, Hausmittel, 1 St. Pflge. u. fr. A. Mann & Co., Berlin, Markgrafstr. 34 an h. Lindbergh. Gebr. 1900.

EMILE ZOLA
GESAMMELTE NOVELLEN
Durchgesehen und herausg. von Hans Jacob
Drei Bände

Zum ersten Male wird hier eine Zusammenfassung von Zolas novellistischem Schaffen in deutscher Sprache geboten, in der wir neben den allbekanntesten Meisternovellen des grossen Romanschriftstellers auch Werke finden, die bisher in Deutschland wenig zugänglich waren. Unmittelbar mit Wärme und Leidenschaft spricht aus dieser Sammlung menschliches Erleben, innere Lirschütterung.

Preis: elegant gebunden m. farbigen Umschlagzeichnungen M. 100.—, in Halbleder M. 150.—
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den
VERLAG GUSTAV KIEPENHEUER
POTSDAM

Ortskrankenkassa
der Mechaniker, Optiker und
verwandten Gewerbe zu Berlin

Behandlung.
Auf unser Wahlaufrufschreiben vom 10. Mai 1921 ist aus dem Kreise der Versicherten und der Arbeitgeber nur je ein gültiger Wahlentscheidungs erreicht worden.
Nach § 10 der Wahlordnung gelten die darin bezeichneten Personen und zwar die Väter der Versicherten mit dem Namen Edmund Junge bis Karl Krüger, die Väter der Arbeitgeber mit dem Namen G. Köhler bis Paul Henschke als geschäftliche Vertreter und Ersatzleute zum Ausschluss für die Wahlperiode bis zum 31. Dezember 1922.
Die für den 10. Juni 1921 für die Versicherten und für den 11. Juni 1921 für die Arbeitgeber festgesetzten Wahltermine werden hiermit aufgehoben und finden nicht statt.
Berlin, den 17. Juni 1921.
Der Vorstand
Max Guttsche, Vorsitzender
R. Homann, Schriftföhrer.

Homöopath.
Jahr (1905) erfolgreich
ästhetische Kurzen ohne
Einspritzungen.
Ein-Schubens
Karl'schenhaus (55
Oberseker. 41 (Tel. 100)
Kass. u. Bruch. 80 Pf.
Porto.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.

Achtung!
Am Montag, den 20. Juni 1921, abends 7 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Vorstandshauses, Linienstr. 83-85, 2. Treppen

Achtung!
Im Montag, den 20. Juni 1921, abends 7 1/2 Uhr, im Rematorium Gerichte, hatt.

Berjammlung
sämtlicher Ladenoptiker.
Tagesordnung:
1. Bericht über den kolligenen Lebenslauf zum 1. M.-S.
2. Tariffragen.
3. Regelung der Arbeitsvermittlung.
4. Agitation. 5. Verschiedenes.

Enorm billiges Angebot
Herren-Anzüge 275 an
gute Verarbeitung, von
Kette u. Hosen von 80 an
gehobelt
Grenadierstr. 14 in Laden

Alt-Metalle
verkauft man nur richtig
Vorligstraße 1
Zu kaufen gesucht
Hilfsdrück, von Finanz-
kapital, Brochier oder ge-
bunden. Angebote an die Buch-
handlung „Freiheit“, Berlin C 2,
Breite Straße 5-9.

1. Distrikt USPD.
Todesanzeige
Am 14. d. M. verstarb
unser Genosse, der Post-
wart
Albert Lamprecht
Haber Steinweg 18.
Die Beerdigung findet
am Sonnabend, den
18. Juni, nachm. 3 Uhr,
auf dem alten Marien-
Friedhof, Vennlaufer Str.
64e Jöngstr., hatt.

Am rege Beteiligung
bietet
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige
Den Kollegen zur Nach-
richt, daß folgende Mit-
glieder gestorben sind:
Der Kassenführer
Ernst Platner
Grenzänder Straße 55
am 16. d. M.
Die Einführung findet
am Montag, den 20. d. M.,
mittags 1 Uhr, im Re-
matorium Gerichte, hatt.
Der Kassenführer
Jakob Großmann
Schwebel Straße 229, am
16. d. M.
Die Einführung findet
am Montag, den 20. d. M.,
mittags 1 Uhr, im Re-
matorium Gerichte, hatt.
Ihre lieben Ansehen!
Wegen Beteiligung ver-
wartet
Die Ortsverwaltung.

Prismengläser,
und Platolien kauft
Riesch, Linienstr. 50.
Zeissfeldstecher
6 und 8 fach, kauft billig.
H. Stockmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135
(Tel. 2085)

Kleide Dich billig, elegant!
Jackell-Anzüge Cutaway, Uslor
falls auf Seide, früher bis 1200 Mk. Jetzt
für 400-500 Mk. Ferner Damen-
Kostüme, Mäntel, enorm billig!
Nach brender Saison 50% herab-
gesetzt. Kreuzfäden, Zobel-, Blau-,
Weiß-, Silberfäden. Keine Leinwandwaren.

Schlafzimmer
eichenes, echter Massiv-
Muller-Wagen, 3850.—,
weißes 2900.—, Herren-
zimmer, schwere Ausfüh-
rung, Bibliothek, geschliff.
Scheiben, 2650.—, Speise-
zimmer, hübsches Bucher,
mit 6 Polsterstühl., 3750.—,
Rüchen 500.—, Kleider-
kabinett 2500.—, Standuhren,
Kühlsch., eichen, 1200.—,
Große Auswahl in schwarzen
Herren-, Speise- u. Schlaf-
zimmern enorm billig.

Hans Lennert
Lothringer Str. 55
am Kottbuscher Platz.

Schlager!

Damen braun echt
Chevr. Schnür- und
Spange . . . nur Mk. 125

Damen schwarz echt Chevr.
Spangenschuhe, elegante
Form . . . nur Mk. 88

Herren braun Rindbor. Stiefel,
moderne Form . . . nur Mk. 185

Schuh-Engros-Lager Kaatz
Münzstraße 10, I. Etage
Klein Laden!
Jeder Käufer erhält 1 Paar prima (Hammeln) 1/2 Preisen u. bayreuth vergrüßelt.

Genossen werbt für die „Freiheit“!
Bei allen Einkäufen beruft Euch auf Euer Blatt!

Groß-Berlin

Ein „neutraler“ Jugendpfeleger

Der am 15. Mai in der „Freiheit“ veröffentlichte Artikel: „Wandern und Militarismus“ hat nicht etwa den hauptsächlich angegriffenen „Hauptauschuss für Leibesübungen und Jugendpflege“ zu einer Entgegnung veranlaßt, sondern den „Märkischen Wanderer“.

Das Urheber sind nicht etwa Anhänger der „Freiheit“ — eher das genaue politische Gegenteil zu behaupten — sondern gewinnungstüchtige Leute usw. — Da ist dem Herrn Stadtschreiber des Malheur passiert, daß er an Stelle des Unterzeichneten einen anderen für den Verfasser des fraglichen Aufsatzes hält.

Handelt es sich wirklich um eine Hege und nicht um notwendige Klärstellungen? Ich stelle fest: der „Märkische Wanderer“ wird auf Kosten des Jugendpflegeamtes — also des Stadtkassens — in monatlich 100 Exemplaren Redaktionen der Berliner Gemeindeschulen ausgeteilt!

Ferienreisen erholungsbedürftiger Kinder

Ein sehr wesentlicher Teil des Auslandslebeswerkes bildete die mehrmonatliche Aufnahme deutscher Kinder in Familien Dänemarks, Finnlands, Hollands, Norwegens, Schwedens und der Schweiz. Auch in diesem Jahre bewegten sich viele Wünsche und Hoffnungen von Eltern und Kindern um die Ferienreise ins Ausland.

schen Stellen haben auf die Auswahl dieser Kinder keinen Einfluss.

Alle Eltern und Erziehungsberechtigten werden bei dieser Sachlage dringend gebeten, ihre Hoffnungen nicht mehr einzig und allein auf eine Auslandsreise zu setzen, sondern von den mannigfaltigen Möglichkeiten für ihre Kinder Gebrauch zu machen, die die städtischen Behörden und die privaten Vereine in diesem Jahre für die Erholung der Jugend ausgebaut haben.

Kinderjohannwende

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltet heute Sonnabend auf der großen Wiese des Landheims „Reizners Hof“ eine Kinder-Sonnenwende-Feier.

Treffpunkte sind: Norden: Um 4 Uhr Bf. Gesundbrunnen, um 5 Uhr Bf. Gesundbrunnen (Millionenbrücke), um 5 Uhr Bf. Schönhauser Allee. Osten: Um 4 1/2 Uhr Görlitzer Bahnhof, um 4 1/2 Uhr Spreewaldplatz, um 4 1/2 Uhr Küstriner Platz. Westseite: Um 5 Uhr Antonplatz, Neukölln: Um 5 Uhr Bahnhof Neukölln. Charlottenburg: Um 4 1/2 Uhr Wilhelmplatz, um 4 1/2 Uhr Knie.

Gartenbauhschule Neukölln

Die Neuköllner Gartenbauhschule, die tatsächlich die wahre Arbeitsschule verkörpert, ist das Ziel vieler hiesiger und auswärtiger Vertreter von Schulen und Stadtverwaltungen.

Am den Besuch der Gartenbauhschule, die sich an der Grenzallee befindet, den Eltern zu erleichtern, machte Herr Rektor Deun darauf aufmerksam, daß Eltern jederzeit an Besuchen, die in der Presse bekanntgemacht werden, sich beteiligen können.

Keine Ausgleichsstelle beim Magistrat

Der Magistrat hat den Dienststellen folgende Verfügung zugehen lassen: Am 6. Juli d. J. hat die Tarifdeputation folgenden Beschluß gefaßt: „Bis zur endgültigen Stellungnahme zu dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung betreffend Erluden im Falle drohender Betriebseinschränkungen eine paritätisch zusammengesetzte Ausgleichsstelle in Anspruch zu nehmen, dürfen weder Betriebseinschränkungen noch Verzögerungen der Arbeitszeit vorgenommen werden.“

schen hat sich der Magistrat mit der Angelegenheit befaßt und ist in der Sitzung vom 15. Juli d. J. dem von der Tarifdeputation gefaßten Beschluß nicht beigetreten.

Zu diesem Magistratsbeschluß wird unsere Stadtverordnetenfraktion noch Stellung nehmen. Wenn wir auch der Ansicht sind, daß die Stadt nicht die Aufgabe hat, überschüssige Arbeitskräfte zu beschaffen, muß doch betont werden, daß es die Pflicht des Magistrats ist, bei notwendigen Entlassungen in humaner Weise vorzugehen, und die wirtschaftlichen Verhältnisse der zur Entlassung kommenden zu berücksichtigen.

Sonntags-Rückfahrkarten

Zur Erleichterung des Ausfluges von Berlin aus beabsichtigt die Eisenbahndirektion, ebenso wie auch von anderen Großstädten aus, im Fernverkehr besondere Sonntagrückfahrkarten zu ermäßigten Preisen auszugeben.

Eine offene Anfrage

An den Betriebsrat der Stern-Dampfer-Gesellschaft: Entschuldige, lieber Betriebsrat, wenn ich Dich in Deinem unverwundlichen Halbschlummer störe.

Die Theaterlogen des Polizeipräsidenten

Bis zum November 1919 waren dem Polizeipräsidenten zu Berlin unbetreten in den Berliner Theatern Freisitze unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden; einerseits für Polizeibeamte, die für die äußere Ordnung des Theaterbetriebes zu sorgen hatten, andererseits für höhere Beamte, d. h. für sich selbst, seine Vertreter und Beamte, die er entsandte.

Ein neuer Raubmord

Ein verdächtiger Todesfall beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Am Sonnabend, den 4. Juni, wurde unweit des Kaiser-Wilhelm-Turmes die Leiche eines zunächst unbekannt 45 Jahre alten Mannes aus der Havel gefischt.

Nantas

Ergählung von Emile Zola.

Schließlich, sagte der alte Herr, „weise ich Ihnen in einem alten Kontrakte, den mein Notar heute morgen aufgesetzt hat, eine Mitgift von zweihunderttausend Franken an. Ich weiß, daß Sie nichts haben. . . Am Morgen nach der Hochzeit können Sie die zweihunderttausend Franken bei meinem Bankier erheben.“

einem langen Bild, der die Niedrigkeit in ihm zu suchen schien. „Also, um so besser“, antwortete sie. „Ich fürchtete schon, niemand für so einen Handel zu finden.“

Er aber verneigte sich ehrerbietig und bat sie, nicht getränkt zu sein. Ihre Lage sei heikel, alle beide müßten sie gewisse Anspielungen ertragen, sonst würde ein gutes Einvernehmen zwischen ihnen unmöglich.

(Fortsetzung folgt.)

